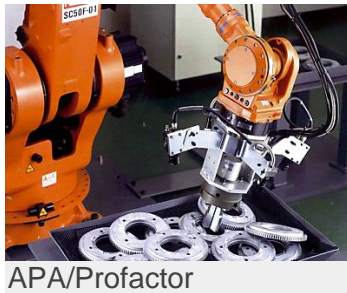


THEMA | Community-based innovation als Ausweg aus konventionellen Sackgassen



APA/Profactor

Wien APA-ZukunftWissen - Im August 2009 hat der Rat für Forschung und Technologieentwicklung die Strategie 2020 mit Vorschlägen und Empfehlungen für die Entwicklung des österreichischen Innovationssystems an die österreichische Bundesregierung übergeben. Ziel der Strategie ist es, Österreich bis zum Jahr 2020 in den Bereichen Forschung, Technologie und

Innovation (FTI) zu einem international erfolgreichen Akteur zu machen. Die Strategie 2020 ist einer von drei Eckpfeilern für die noch immer in Ausarbeitung befindliche FTI-Strategie des Bundes.

Der ursprünglich geplante Strategieprozess des Rates war konventionell aufgesetzt und in mehrere Phasen gegliedert. Ausgangspunkt bildete eine grundlegende Analyse des österreichischen FTI-Systems. Im Anschluss daran war eine Arbeitsgruppenphase vorgesehen. Allerdings stellte sich bald heraus, dass sich die Ministerien an dieser nicht beteiligen wollten. Damit brach ein zentraler Baustein für die Erarbeitung der Strategie weg und der Prozess drohte in einer Sackgasse zu landen.

Unkonventionelle Alternativen

Der Rat stand nun vor zwei Alternativen:

1. eine Strategie auszuarbeiten, die - unabhängig von ihrer Qualität- von den Ministerien nicht akzeptiert werden würde. Dafür wäre nicht zuletzt das Argument ins Treffen geführt worden, dass die Ministerien am Prozess nicht beteiligt gewesen und daher auch nicht an die Ergebnisse gebunden seien.
2. einen alternativen Weg zu finden, um den Strategieentwurf einer Diskussion zu unterziehen und die gemachten Vorschläge auf ihre Tauglichkeit zu überprüfen bzw. weitere, neue Vorschläge einzuholen, um durch eine breite Einbindung der Community eine größere Legitimität zu erhalten.

Es wurde beschlossen, einen zumindest in der österreichischen FTI-Politik eher unkonventionellen Weg zu gehen und den Diskussionsprozess "aufzumachen": nicht nur die (unwilligen) Ministerien sollten miteinbezogen werden, sondern auch ExpertInnen und vor allem die FTI-Community bzw. die interessierte Öffentlichkeit. Mit dieser Intention wurde eine Webplattform entwickelt, die sich von community-based innovation-Ansätzen inspirieren ließ und auf Entwicklungen setzte, die unter Schlagwörtern wie open innovation,

community based innovation, user innovation, crowd sourcing oder the wisdom of the crowds diskutiert werden.

Die Webplattform ermöglichte die Diskussion des Strategiedokuments und schuf durch gezieltes Prozessmanagement in kurzer Zeit eine sehr lebhaft Community. Im Vergleich zu einem auf physischen Treffen oder email-Verkehr aufgebauten Strategieprozess konnte durch den Einsatz von Votings, Kommentaren, Blogs und Diskussionsforen der Informationsstand verbessert und die Partizipation erleichtert werden. Auch die Formulierung und Redaktion des Endberichts wurde dadurch effizienter gestaltet.

Die öffentliche Diskussionsplattform erfüllte nicht zuletzt eine Forderung des Rates, die sich im Strategieentwurf fand: Diskussionsprozesse sollten geöffnet werden und zu einer stärkeren Partizipation von BürgerInnen führen.

Im Mai 2009 wurde schließlich der Entwurf der Strategie 2020 präsentiert und auf der Webplattform www.forschungsstrategie.at einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Vier Wochen lang konnten alle an der österreichischen FTI-Politik Interessierten die einzelnen Kapitel der Strategie kommentieren und diskutieren sowie über die vorgeschlagenen Empfehlungen abstimmen.

Die Beteiligung der Community an der Diskussion war sehr intensiv: Rund 50.000 Zugriffe mit einer durchschnittlichen Verweildauer auf der Seite von mehr als 16 Minuten wurden verzeichnet. Mehr als 400 UserInnen haben sich registriert und an der Diskussion teilgenommen. Dabei gab es sowohl konstruktive Kritik als auch eine Vielzahl innovativer Vorschläge. Zusätzlich haben zentrale Institutionen des FTI-Systems wie das Austrian Institute of Technology (AIT), der Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF), die österreichische Forschungsförderungsgesellschaft (FFG), die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) oder die Universitätenkonferenz (UNIKO) inhaltliche Stellungnahmen zum Strategieentwurf abgegeben. Darüberhinaus haben 22 prominente Persönlichkeiten aus der FTI-Community mit eigenen VIP-Blogs ihren Beitrag geleistet.

Warum werden Diskussionen nicht öfters "aufgemacht"?

Die durchwegs positiven Reaktionen auf die öffentliche Diskussion der Strategie legen natürlich die Frage nahe, warum man diesem Beispiel nicht öfter folgt. Ein Grund mag darin liegen, dass die Abstimmungsprozesse zwischen den traditionellen Akteuren in der FTI-Politik eher konfliktbeladen sind. Ein Indiz dafür sind die erheblichen Verzögerungen bei der Ausarbeitung der aktuellen FTI-Strategie des Bundes, die auch nach mehr als einjähriger Vorbereitungszeit noch nicht das Licht der Welt erblickt hat. Wahrscheinlich besteht die Annahme, dass eine öffentliche Diskussion - und damit weitere

Vorschläge, die man diskutieren müsste - den Prozess nur noch weiter erschweren würden. Vielleicht ist man aber auch der Meinung, dass sich das Wissen in den Ministerien und bei den eingebundenen ExpertInnen konzentriert und keine weiteren zweckdienlichen Vorschläge von außen kommen können. Oder man bleibt einfach auf den ausgetretenen Pfaden und kann sich nicht mit neuen Prozessen oder Medien anfreunden, oder....

Wie auch immer, es gibt jedenfalls ein paar Gründe, warum man die Innovation des Rates nicht sofort wieder vergessen sollte:

- Das Verständnis von Innovationsprozessen hat sich über die Jahre deutlich verändert: Nicht mehr allein auf dem genialen Erfinder oder auf der Forschergruppe innerhalb einer Universität oder eines Unternehmens ruhen alle Hoffnungen. Vielmehr hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass sich Wissen über alle Gesellschaftsbereiche verteilt und dass die Anzahl der ExpertInnen außerhalb einer Organisation immer größer ist als jene der intern verfügbaren.

- Community based innovation-Ansätze haben in Österreich eigentlich eine lange Tradition. Bei nüchterner Betrachtung fallen darunter Kommissionen, Versammlungen, Arbeitsgruppen, der Begutachtungsprozess bei Gesetzen etc., die Entscheidungen auf eine breitere Wissensbasis stellen und gleichzeitig Konsens produzieren sollen. Wenn man will kann man auch die Sozialpartnerschaft in diese Tradition einreihen. Auch die als Toyotism bezeichnete Organisationsform eines japanischen Automobilproduzenten, die auf der Einbeziehung des Wissens und der Kreativität aller am Produktionsprozess beteiligten Gruppen beruht, fällt in diese Kategorie. Was sich geändert hat, sind die Kosten für die Einbeziehung des extern und intern verfügbaren Wissens. Diese sind durch die Verwendung des Internets stark gesunken.

Die Logik von Entscheidungsprozessen

Internetbasierte Ansätze zur Entscheidungsfindung werfen die grundsätzliche Frage auf, wie man gesellschaftliche Entscheidungsprozesse organisiert. Grundsätzlich stehen dafür drei Organisationsprinzipien zur Verfügung: Hierarchie, Markt und egalitäre Ansätze. Man kann dafür entweder auf die administrative Rationalität von Ministerien (hierarchisches Prinzip), auf die Logik des Marktes oder auf demokratische/egalitäre Prozesse setzen (siehe dazu Thompson, 2008, Prichard & Sanderson, 2002). Wichtig ist die Einsicht, dass eine Gesellschaft zwischen verschiedenen Prinzipien entscheiden kann und bewusst entscheiden sollte, welche Entscheidungen über welche Mechanismen getroffen werden.

Es geht bei dieser Frage aber nicht darum, die verschiedenen Entscheidungsprozesse gegeneinander auszuspielen, sondern darum, sie miteinander in Einklang zu bringen. Entscheidungsprozesse laufen über

mehrere Stufen und können auf jeder Stufe unterschiedlich organisiert werden. Erst eine Kombination von verschiedenen Organisationsprinzipien - Markt, Hierarchie, egalitäre Ansätze - führt zu tragfähigen Lösungen (siehe dazu Thompson, 2008).

Man kann argumentieren, dass die vom Rat initiierte Diskussionsplattform gleich mehrere dieser Kriterien erfüllt hat. Zum einen war es allen möglich, an diesem Prozess mit gleichem Gewicht teilzunehmen. In der Logik der Cultural Theory sind damit das egalitäre und, wenn man die Diskussion als Informationsmarkt sieht, das Marktprinzip erfüllt. Das hierarchische Prinzip kommt einerseits durch den Rat selbst, der in letzter Instanz Entscheidungen treffen muss, und die Stellungnahmen verschiedener Institutionen zum Tragen.

Erweiterung der Wissensbasis

Community-based innovation-Ansätze im Allgemeinen und der skizzierte Prozess im Besonderen sind aber aus einem anderen Grund von Interesse. Durch die Öffnung der Diskussion hat der Rat gezeigt, dass Initiativen ordentliches Momentum aufnehmen können - auch wenn sie von wesentlichen Entscheidungsträgern nicht gewünscht werden. Nimmt man an, dass der Rat nicht auf das Internet bzw. eine funktionierende Diskussionsplattform zurückgreifen hätte können, hätte die Diskussionsverweigerung der Ministerien wahrscheinlich schon das Ende der Strategie bedeutet. In diesem Fall hat die Abkehr vom exklusiven Diskurs mit den Ministerien die Wissensbasis deutlich erweitert, weil die VertreterInnen der Ministerien nicht ausgeschlossen, aber neue Personen und Gruppen eingebunden wurden. Dadurch konnten völlig unerwartete Beiträge die Diskussion bereichern, was in einigen Fällen auch zu substanziellen Ergänzungen der Strategie geführt hat.

Unter den neuen Rahmenbedingungen des Internets sind heute viele Akteure in der Lage, einen vergleichbaren Prozess aufzusetzen, wenn sie ein fundiertes Dokument für die Diskussion erarbeiten und den Prozess gestalten können. Da beide Fähigkeiten zunehmend vorhanden sind, die anstehenden Probleme aber nicht weniger werden, kann man davon ausgehen, dass Entscheidungsprozesse in Zukunft deutlich öfter "von unten" initiiert werden. Den Entscheidungsträgern bleibt hier letztlich nur die Option, selbst initiativ zu werden, wenn sie nicht von verschiedenen Initiativen getrieben werden wollen. Positiv formuliert ergreifen sie damit allerdings die Chance, sich innovativen Lösungsansätzen zu öffnen.

Verwendete Literatur:

Bayer, K. (2008): Economists Should Learn from Plural Rationality Theory, <http://kurtbayer.wordpress.com/2008/12/15/economists-should-learn-from-plural-rationality-theory/>

Gadner, J./Buber, R./Richards, L. (2004, Hg.): Organising Knowledge: Methods and Case Studies. Basingstoke-New York: Palgrave Macmillan

Lowell Prichard Jr and Steven E. Sanderson, The Dynamics of Political Discourse in Seeking Sustainability, in: Lance H. Gundersson and C. S. Holling, Panarchy, Understanding Transformations in Human and Natural Systems, Island Press, 2002.

Nonaka, I./Konno, N. (1998). The Concept of "Ba": Building a Foundation for Knowledge Creation. California Management Review, 40 (3), 40-54.

Thompson, Michael, Organising and Disorganising. A Dynamic and Non-Linear Theory of Institutional Emergence and its Implications. Triarchy Press, Axminster 2008.

Die Autoren:

Mag. Dr. Johannes Gadner, MSc

Johannes Gadner wuchs in Berlin, Zürich und Wien auf, wo er 1989 maturierte. Nach seinem Studium an der Universität Wien, der Freien Universität Berlin und am University College London (UCL) promovierte er am Institut für Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsforschung der Universität Wien.

Ab 1997 arbeitete er zunächst als Forschungsassistent am UCL und war dann als Assistent am Institut für Philosophie der Universität Innsbruck am Aufbau der Abteilung für Wissensorganisation beteiligt. Gemeinsam mit einem interdisziplinären Team begründete er 2001 das Institut für Wissensorganisation (IWO) in Wien, wo ihn neben wissenschaftstheoretischen und methodologischen Fragestellungen vor allem die Evolution sozio-kultureller Wissenssysteme sowie die gesellschaftliche Akzeptanz von (technischen) Innovationen beschäftigten. Schließlich wechselte er als Referent für Wissenschaft und Forschung in den Parlamentsklub der Grünen im österreichischen Nationalrat.

Seit Anfang 2007 ist Johannes Gadner im Team der Geschäftsstelle des Rates für Forschung und Technologieentwicklung tätig. Eine seiner Hauptaufgaben ist die Projektkoordination im Bereich der Entwicklung langfristig orientierter strategischer Prozesse. Nach dem Abschluss der Strategie 2020 des Rates im August 2009 hat er die Entwicklung der FTI-Strategie des Bundes während eines Engagements im eigens dafür eingerichteten FTI-Sekretariat des Bundeskanzleramtes begleitet.

Hannes Leo

Hannes Leo analysiert schon seit mehr als 20 Jahren Innovationsaktivitäten in Volkswirtschaften, Sektoren und Unternehmen mit Schwerpunkten bei folgenden Themen: Wettbewerbsfähigkeit, Innovations-, Industrie-, Forschungs- und Technologiepolitik, Informations- und Kommunikationstechnologien, Telekommunikation und -regulierung und den Creative Industries. Hannes Leo begann seine berufliche Karriere nach dem Studium der Handelswissenschaften am österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (Wifo, 1990 - 2007), wo er unter anderem für einige Großprojekte (z.B. Wettbewerbsbericht der GD Unternehmen, Sectoral Innovation Watch, tip) zuständig war, den Forschungsbereich Industrieökonomie, Innovation und internationaler Handel koordiniert hat, sowie zwischen 2005 und 2007 stellvertretender Leiter war. Von Jänner bis April 2008 war er Geschäftsführer am IZA (Institut zur Zukunft der Arbeit) in Bonn. Seither arbeitet er als wirtschaftspolitischer Berater und hat 2010 mit Prof. Alfred Taudes die Community-based Innovation Systems GmbH (www.Cbase.at) gegründet, welche internetbasierte Innovationsprozesse gestaltet und durchführt. Die Umsetzung der im Artikel beschriebenen Plattform erfolgte durch Cbase in enger Kooperation mit dem Rat.

Hannes Leo ist Delegierter bei der Konsultativen Kommission für Industriellen Wandel (CCMI) des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, Mitglied des UNECE (United Nations Economic Committee for Europe) "Team of Specialists on Innovation and Competitiveness Policies" (TOS-ICP) und Lektor an der Technischen Universität Wien. Hannes Leo war Gastforscher am SPRU (Science Policy Research Unit, University of Sussex, Brighton, 1994), am Istituto di Studi sulla Ricerca e Documentazione Scientifica, (CNR, Rome, 1995), bei OFTEL (Office of Telecommunications, London, 1996) und an der University of California, Berkeley (Prof. Varian, 2001).

E-mail: Hannes@leoon.at

E-mail an die Redaktion: innovating@apa.at

© APA - Austria Presse Agentur reg.GenmbH. Alle Rechte vorbehalten. Die Meldungen dürfen ausschließlich für den privaten Eigenbedarf verwendet werden - d. h. Veröffentlichung, Weitergabe und Abspeicherung ist nur mit Genehmigung der APA möglich. Sollten Sie Interesse an einer weitergehenden Nutzung haben, wenden Sie sich bitte an Tel. ++43-1/36060-5750 oder an zukunftwissen@apa.at.